

URGENT ACTION

GEWALTLOSER POLITISCHER GEFANGENER

ALGERIEN

UA-Nr: **UA-205/2017** Al-Index: **MDE 28/7079/2017** Datum: **8. September 2017** – ar

Herr **MOHAMED FALI**, 44 Jahre

Am 28. August wurde in Algerien Mohamed Fali, der Präsident der religiösen Gemeinschaft der Ahmadiyya, festgenommen. Er wurde am 6. September wegen Anklagen, die auf der friedlichen Ausübung seines Glaubens beruhen, vor ein erstinstanzliches Gericht in Aïn Tedles gestellt. Das Urteil wird für den 13. September erwartet. Er ist ein gewaltloser politischer Gefangener.

Am 28. August wurde Mohamed Fali in seinem Zuhause in Aïn Séfra in der westalgerischen Provinz Naama von Polizist_innen festgenommen. Grund ist ein Wiederaufnahmeverfahren gegen ihn, weil ihm vorgeworfen wird, „ohne Lizenz Spenden gesammelt“ (Paragraf 11 Absatz 2 der Verordnung 06-03, die Regelungen zu vom Islam abweichenden Glaubensrichtungen enthält) und das „islamische Dogma verunglimpft“ zu haben (Paragraf 144 des Strafgesetzbuchs). Diese Vorwürfe basieren auf der friedlichen Ausübung seines Glaubens. Mohamed Fali ist der Präsident der religiösen Gemeinschaft der Ahmadiyya in Algerien.

Am 15. Februar war Mohamed Fali vor dem erstinstanzlichen Gericht in Aïn Tedles in der Provinz Mostaganem in Abwesenheit zu drei Jahren Haft und einer Geldstrafe von 50.000 Algerischen Dinar (knapp 380 Euro) verurteilt worden. Laut algerischem Gesetz können Personen, die in Abwesenheit verurteilt wurden, den Richterspruch anfechten und ein Wiederaufnahmeverfahren in ihrer Anwesenheit beantragen.

Mit Beginn der Neuverhandlung am 6. September legte das Gericht Mohamed Fali noch zusätzlich „Mitgliedschaft in einer nicht genehmigten Vereinigung“ zu Last. Die Staatsanwaltschaft forderte eine einjährige Haftstrafe und eine Geldstrafe von 20.000 Algerischen Dinar (knapp 150 Euro). Das Urteil wird für den 13. September erwartet.

Bis zur Urteilsverkündung befindet sich Mohamed Fali in einem Gefängnis in Mostaganem in Haft. Er leidet an Diabetes und hat bisher laut Angaben seines Rechtsbeistandes im Gefängnis weder die Medikamente erhalten, die ihm ärztlich verschrieben wurden, noch Zugang zu einem Gerät zur Überwachung seines Blutzuckerspiegels bekommen. Stattdessen musste die Familie von Mohamed Fali für seine Behandlung sorgen.

Mohamed Fali ist ein gewaltloser politischer Gefangener und muss umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die religiöse Gemeinschaft der Ahmadiyya wurde im späten 19. Jahrhundert in Indien gegründet. In Algerien hat die Gemeinschaft derzeit etwa 2.000 Angehörige. Die Angehörigen der Ahmadiyya betrachten sich selbst als Muslime. Doch die algerischen Behörden bezeichnen sie immer wieder als Ketzer, die eine Bedrohung für die mehrheitlich sunnitischen Muslime in Algerien darstellen würden. Angehörige der Ahmadiyya leiden in zahlreichen Ländern unter Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen, so z. B. in Pakistan, Indonesien, Afghanistan, Saudi-Arabien, Gambia und Algerien.

Vier weitere Männer waren im selben Fall in erster Instanz schuldig gesprochen und zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Im Berufungsverfahren war das Strafmaß auf ein Jahr reduziert worden. Am 5. Juli 2017, dem algerischen Unabhängigkeitstag, wurden die vier Männer begnadigt.

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Mohamed Fali ist der Präsident der religiösen Gemeinschaft der Ahmadiyya in Algerien. Er ist derzeit in sechs verschiedenen Fällen vor Gerichten in unterschiedlichen Landesteilen angeklagt. Alle Anklagen beziehen sich auf die Ausübung seines Glaubens als Angehöriger der Ahmadiyya. Er wurde bereits am 19. Februar wegen ähnlicher Vorwürfe festgenommen und in Chlef im Norden Algeriens drei Monate lang in Untersuchungshaft gehalten. Am 22. Mai wurde er zu einem Jahr auf Bewährung und 50.000 Algerischen Dinar (knapp 380 Euro) verurteilt und daraufhin wieder auf freien Fuß gesetzt. Seinen Angaben zufolge vernahmten ihn Polizist_innen und Gerichtsbeamt_innen wiederholt zu seinen religiösen Ansichten und setzten ihn unter Druck, seinem Glauben abzuschwören.

Mohamed Fali ist einer von Hunderten Angehörigen der Ahmadiyya, die in Algerien strafrechtlich verfolgt werden. Von den Angehörigen der Ahmadiyya, die sich in Algerien wegen der Ausübung ihres Glaubens in Haft befanden, sind zwar die meisten mittlerweile wieder frei. Doch den allermeisten drohen nach wie vor Gerichtsverfahren oder strafrechtliche Ermittlungen. Einige dieser Anhörungen sollen im September stattfinden.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Lassen Sie Mohamed Fali bitte umgehend und bedingungslos frei und lassen Sie alle Anklagen gegen ihn fallen, da er ein gewaltloser politischer Gefangener ist, der nur aufgrund der friedlichen Ausübung seiner Religionsfreiheit festgehalten wird.
- Sorgen Sie bitte dafür, dass er umgehend Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung erhält, also auch zu den Medikamenten und der Behandlung, die er wegen seiner Diabetes-Erkrankung benötigt.
- Lassen Sie alle Anklagen gegen Angehörige der Ahmadiyya fallen und stellen Sie alle Gerichtsverfahren ein, die lediglich auf der friedlichen Ausübung der Religion basieren. Setzen Sie alle solcherart inhaftierten Personen umgehend auf freien Fuß.

APPELLE AN PRÄSIDENT

Abdelaziz Bouteflika
Presidency of the Republic
El Mouradia, Algiers
ALGERIEN
(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)
Fax: (00 213) 21 69 15 95 oder
(00 213) 21 60 96 18
E-Mail: president@el-mouradia.dz

MINISTER FÜR RELIGIÖSE ANGELEGENHEITEN

Mohamed Aissa
Rue de Timgad, Hydr, Algiers
ALGERIEN
(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)
Fax: (00 213) 021 60 09 36
E-Mail: info@marw.dz
Twitter: [@marwdzair](https://twitter.com/marwdzair)

KOPIEN AN PRÄSIDENTIN DER NATIONALEN MENSCHENRECHTSINSTITUTION

Mme Fafa Benzerrouki Sid Lakhdar
Conseil national des droits de l'Homme
Palais du Peuple
Avenue Franklin Roosevelt
Algiers, ALGERIEN
Fax: (00 213) 21 23 99 58
E-Mail: contact@cncppdh-algerie.org

BOTSCHAFT DER DEMOKRATISCHEN VOLKSREPUBLIK ALGERIEN

S. E. Herrn Nor Eddine Aouam
Görschstraße 45 -46
13187 Berlin
Fax: 030-4809 8716
E-Mail: info@algerische-botschaft.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Arabisch, Französisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **19. Oktober 2017** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Calling on the Algerian authorities to release Mohamed Fali immediately and unconditionally, and drop all the charges against him, as he is a prisoner of conscience, detained solely for peacefully practising his religion.
- Calling on the Algerian authorities to immediately ensure that Mohamed Fali has access to adequate medical care, including medication and treatment for his diabetes.
- Urging the Algerian authorities to ensure that all charges and cases are dropped against Algerian Ahmadis that are related solely to the peaceful practice of their religion, and to immediately release those still detained.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Im Jahr 2016 verweigerten die Behörden die Registrierung einer Ahmadi-Gemeinschaft unter algerischem Recht, und die Polizei führte in einer Moschee der Ahmadiyya eine Razzia durch. Seither wird mit starken Repressalien gegen die Gemeinschaft der Ahmadiyya vorgegangen. Seit Juni 2016 sind gegen mindestens 280 Angehörige der Ahmadiyya Untersuchungen oder strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet worden. Dutzende Menschen wurden monatelang inhaftiert. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe umfassen z. B. Mitgliedschaft in einer nicht genehmigten Vereinigung, Spendensammeln ohne Lizenz, Glaubensausübung an nicht genehmigten Orten, Verbreitung ausländischer Propaganda gegen das nationale Interesse sowie „Verunglimpfung des Dogmas und der Grundsätze des Islam“.

Die algerische Verfassung in der Fassung vom Februar 2016 garantiert die Religionsfreiheit nicht vollumfänglich. Stattdessen wird die Regulierung der Glaubensausübung einigen restriktiven nationalen Gesetzen überlassen. Das Strafgesetzbuch sowie die Verordnung 06-03 von 2006, welche Regelungen zu vom Islam abweichenden Glaubensrichtungen enthält, enthalten vage formulierte Bestimmungen, die häufig dazu eingesetzt werden, um Personen für die friedliche Wahrnehmung ihrer Rechte auf Meinungs-, Religions- und Glaubensfreiheit zu bestrafen. Unter Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte ist Algerien jedoch zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit verpflichtet. Laut internationaler Menschenrechtsnormen und -standards gehören hierzu auch die Rechte, gemeinsam einen Glauben zu praktizieren, Andachtsstätten zu errichten und Spenden zu sammeln.

Amnesty International hat vor Kurzem Besorgnis über die zunehmende Einschränkung der Religionsfreiheit für die Gemeinschaft der Ahmadiyya in Algerien geäußert. Die Organisation hat die algerischen Behörden aufgefordert, Fälle in Verbindung mit der Ausübung der Religionsfreiheit fallenzulassen und Personen, die auf dieser Grundlage inhaftiert sind, umgehend freizulassen. Weitere Informationen finden Sie in der englischsprachigen Pressemitteilung *Wave of arrests and prosecutions of hundreds of Ahmadis* vom 19. Juni 2017: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/06/algeria-wave-of-arrests-and-prosecutions-of-hundreds-of-ahmadis/>

